

POLICY BRIEF

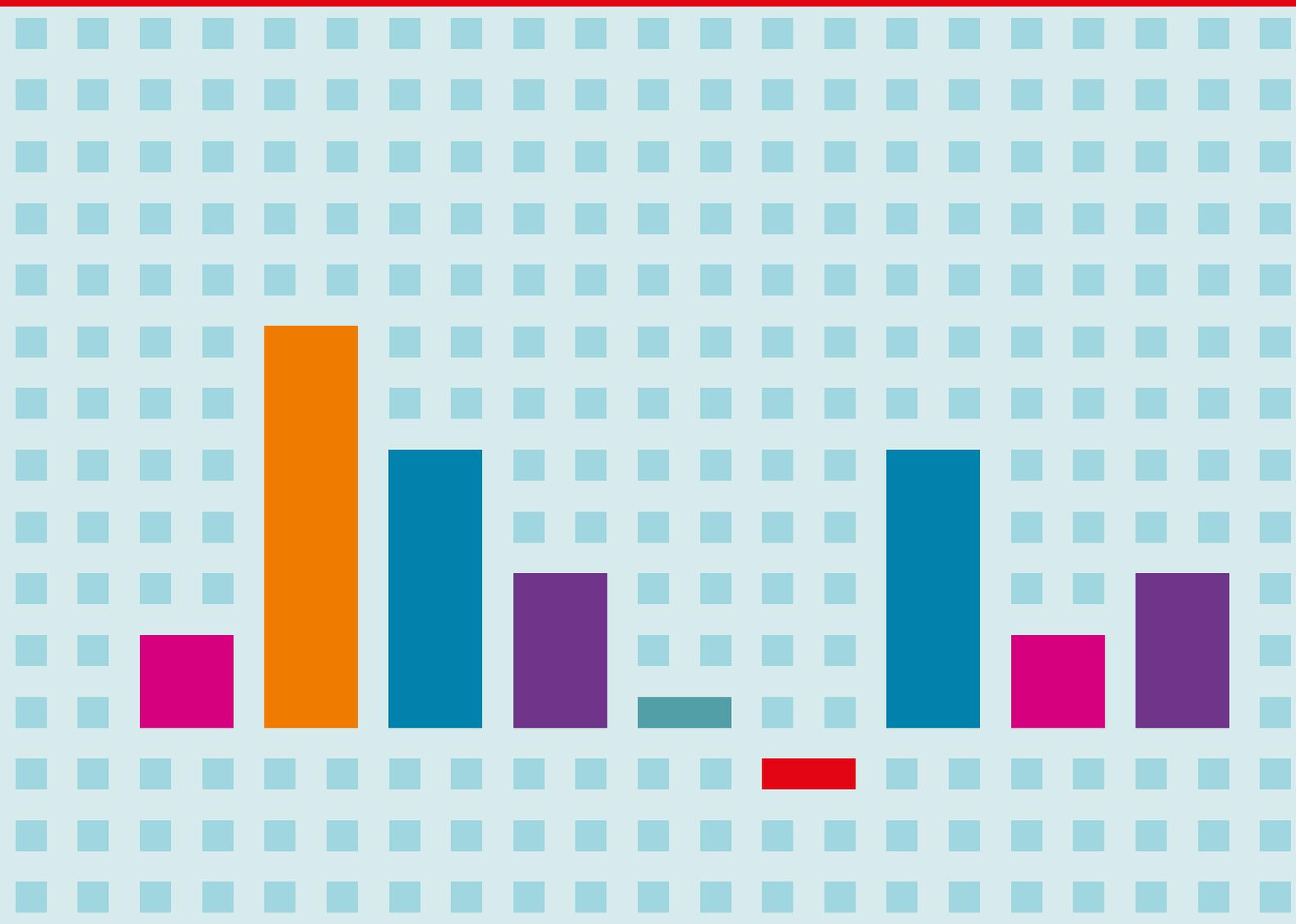
Das IMK ist ein Institut
der Hans-Böckler-Stiftung

IMK Policy Brief Nr. 112 · November 2021

ÜBERWÄLTIGENDE MEHRHEIT DER DEUTSCHEN WILL KRÄFTIGE INVESTITIONSAUSWEITUNG

Ergebnisse einer repräsentativen Online-Befragung

Jan Behringer, Sebastian Dullien, Christoph Paetz



ÜBERWÄLTIGENDE MEHRHEIT DER DEUTSCHEN WILL KRÄFTIGE INVESTITIONSAUSWEITUNG

Ergebnisse einer repräsentativen Online-Befragung

Jan Behringer¹, Sebastian Dullien², Christoph Paetz³

Zusammenfassung

Dieser Policy Brief verwendet Ergebnisse einer repräsentativen Online-Befragung, um die Wünsche und Prioritäten der Bevölkerung Deutschlands bezüglich der zukünftigen öffentlichen Investitionstätigkeit und der dazugehörigen Finanzierungsvorstellungen darzustellen. Es zeigt sich, dass eine Ausweitung der öffentlichen Investitionen in allen gängigen Investitionskategorien einen großen Rückhalt in der Bevölkerung hätte. Zur Finanzierung der zusätzlichen öffentlichen Investitionen wünscht sich eine Großzahl der Befragten eine Überprüfung der Ausgaben, insbesondere bei den Subventionen. Analysiert man die budgetären Prioritäten genauer, zeigen die Befragten ebenfalls eine deutliche Akzeptanz für zusätzliche öffentliche Verschuldung.

¹ Jan Behringer: Referatsleitung Allgemeine Wirtschaftspolitik, Jan-Behringer@boeckler.de,

² Sebastian Dullien: Wissenschaftlicher Direktor, Sebastian-Dullien@boeckler.de,

³ Christoph Paetz: Wissenschaftlicher Referent Steuer- und Finanzpolitik, Christoph-Paetz@boeckler.de

1 Einleitung

Ein zentrales Thema in den aktuell laufenden Koalitionsverhandlungen zwischen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP ist die Frage nach der Ausweitung der öffentlichen Investitionen. In der abgelaufenen Legislaturperiode hatte sich in der öffentlichen Debatte zunehmend die Überzeugung durchgesetzt, dass Deutschland hier enormen Nachholbedarf hat. So taxierten Bardt et al. (2019) die Bedarfe für öffentliche Investitionen über die kommenden 10 Jahre auf 457 Mrd. Euro. Hinzu kommen noch weitere Ausgaben für die Klimaneutralität, da seit den Schätzungen von Bardt et al. (2019) die Klimaziele verschärft wurden und zudem die Ausgaben für den Klimaschutz in der Aufstellung ohnehin konservativ angesetzt waren (Dullien et al. 2021).

Wie auch das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (2020) aufzeigt, ist die Forderung nach einer massiven Ausweitung der öffentlichen Investitionen wissenschaftlich gut abgedeckt. Es stellt sich die Frage, ob eine Investitionsoffensive auch von der breiten Bevölkerung mitgetragen wird und inwiefern sich die Investitionswünsche nach soziodemografischen Merkmalen wie Einkommen oder Parteipräferenz unterscheiden. In dem vorliegenden Policy Brief werden daher Ergebnisse einer repräsentativen Online-Befragung von BürgerInnen im Land zu ihren wahrgenommenen Bedarfen bei öffentlichen Investitionen dargestellt und die Bereiche aufgezeigt, welche dabei besondere Priorität haben sollten. Dabei wurden öffentliche Investitionen weit definiert und es wurden etwa auch Personalaufstockungen in den Bereichen Gesundheit, Pflege und Bildung ausdrücklich einbezogen.

Sowohl die SPD als auch die Grünen hatten in ihren Wahlprogrammen eine starke Ausweitung öffentlicher Investitionen angekündigt. Im Sondierungspapier der drei Partner einer Ampelkoalition findet sich die Aussage, man werde „die nötigen Zukunftsinvestitionen gewährleisten, insbesondere in Klimaschutz, Digitalisierung, Bildung und Forschung sowie die Infrastruktur“. Das Sondierungspapier lässt jedoch bislang offen, wie diese Investitionen finanziert werden sollen. Bereits vor der Wahl war darauf hingewiesen worden, dass die Versprechungen der Parteien ohne zusätzliche Kreditaufnahme und Steuererhöhungen schwer zu finanzieren sein würden. Zwar findet sich in dem Sondierungspapier ein Bekenntnis zur Schuldenbremse. Wie von Bardt et al. (2019) allerdings vorgeschlagen und von Hermes et al. (2020) rechtlich ausgeführt, erlaubt die Schuldenbremse sehr weitgehend eine Kreditfinanzierung öffentlicher Investitionen, wenn die Kredite von Investitionsgesellschaften mit eigener Sachaufgabe durchgeführt werden. Die Umfragedaten liefern auch Einsichten zu der Meinung der BürgerInnen über die bevorzugte Finanzierungsweise der zusätzlichen öffentlichen Investitionen. Daher soll in dieser Studie auch auf die Finanzierungsvorstellungen näher eingegangen werden.

2 Die Umfrage

Die Analyse basiert auf einer im Auftrag des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) durchgeführten Befragung von Personen in Deutschland im Alter von 18 bis 75 Jahren. Die Befragung wurde als computergestützte Online-Befragung (Computer Assisted Web Interviewing, CAWI) durchgeführt. Dabei wurden im Zeitraum vom 28. September bis 12. Oktober 2021 insgesamt 7.474 Personen befragt. Die Stichprobe basiert auf einer Quotenstichprobe im Rahmen eines sogenannten Online-Access-Panels. Dabei wurde die strukturelle

Zusammensetzung der Befragten anhand von festgelegten Quoten nach den Merkmalen Alter, Geschlecht, Bundesland und Haushaltseinkommen abgebildet. Die Quotenvorgaben basieren auf Sollzahlen aus der amtlichen Statistik, so dass die Stichprobe die Bevölkerung Deutschlands entsprechend dieser Merkmale adäquat abbildet. Bei dem Online-Access-Panel handelt es sich zwar nicht um eine Zufallsstichprobe. Das Verfahren hat jedoch den Vorteil, dass bestimmte Bevölkerungsgruppen aufgrund der Quotierung anteilmäßig besser abgebildet werden können. Die nachfolgenden Auswertungen basieren auf einer Teilstichprobe von 2.186 Personen, die bei der Befragung nicht zufällig für ein Online-Experiment ausgewählt worden waren, das neben der Einstellung zu Investitionen und Verschuldung auch die Beeinflussbarkeit durch neue Informationen überprüfen sollte.⁴ Mit der Nutzung nur der Teilstichprobe soll gewährleistet werden, dass die Ergebnisse nicht verzerrt sind.

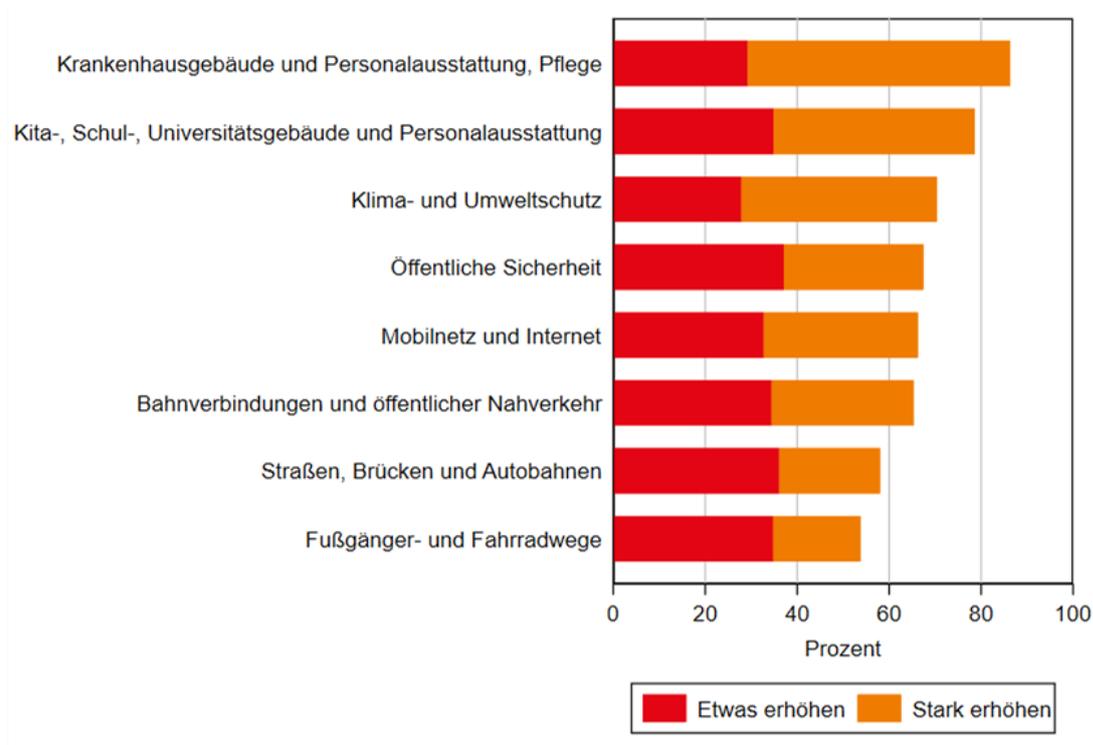
3 Investitionswünsche

In der Umfrage wurden die BürgerInnen befragt, inwieweit der deutsche Staat seine öffentlichen Investitionen in verschiedenen Kategorien verändern sollte. Dabei gab es jeweils die Möglichkeit, symmetrisch sowohl Wünsche nach einer Verringerung als auch einer Erhöhung der öffentlichen Investitionen anzugeben. Die Kategorien wurden so gewählt, dass sie sich im Lebensumfeld der Befragten wiederfinden. Damit soll sichergestellt werden, dass die Befragten ausreichend darüber informiert sind und ihre Angaben zu den Präferenzen belastbar sind. So wurde bei der Infrastruktur auf jene Elemente abgestellt, die im üblichen täglichen Erfahrungshorizont der BürgerInnen liegen (also etwa Bildung, Verkehr, Gesundheit). Infrastrukturen, mit denen die BürgerInnen üblicherweise weniger in Kontakt kommen, wie etwa eine Wasserstoffinfrastruktur oder Wasserstraßen, wurden nicht abgefragt.

Die Umfrageergebnisse zeigen, dass sich die BürgerInnen eine Ausweitung praktisch aller abgefragten Investitionskategorien wünschten, allerdings mit unterschiedlichen Mehrheiten (siehe Abbildung 1). Den stärksten Zuspruch erhielt eine Ausweitung der Investitionen und der Personalschlüssel im Bereich Gesundheitswesen und Pflege. Hier antworteten 86,3 Prozent der Befragten, dass der Staat diese Ausgaben „etwas“ oder „stark“ erhöhen sollte. Darauf folgen die Bereiche Bildung mit 78,6 Prozent, Klimaschutz mit 70,4 Prozent, Öffentliche Sicherheit mit 67,4 Prozent, Mobilfunknetz und Internet mit 66,3 Prozent, sowie Bahnverbindungen und ÖPNV mit 65,3 Prozent. Den geringsten Zuspruch gab es für Mehrinvestitionen in Straßen, Brücken und Autobahnen (58 Prozent) und Fuß- und Radwege (53,8 Prozent).

⁴ Die Auswertung der anderen Teilstichproben liegt derzeit noch nicht vor.

Abbildung 1: Investitionswünsche nach Kategorien

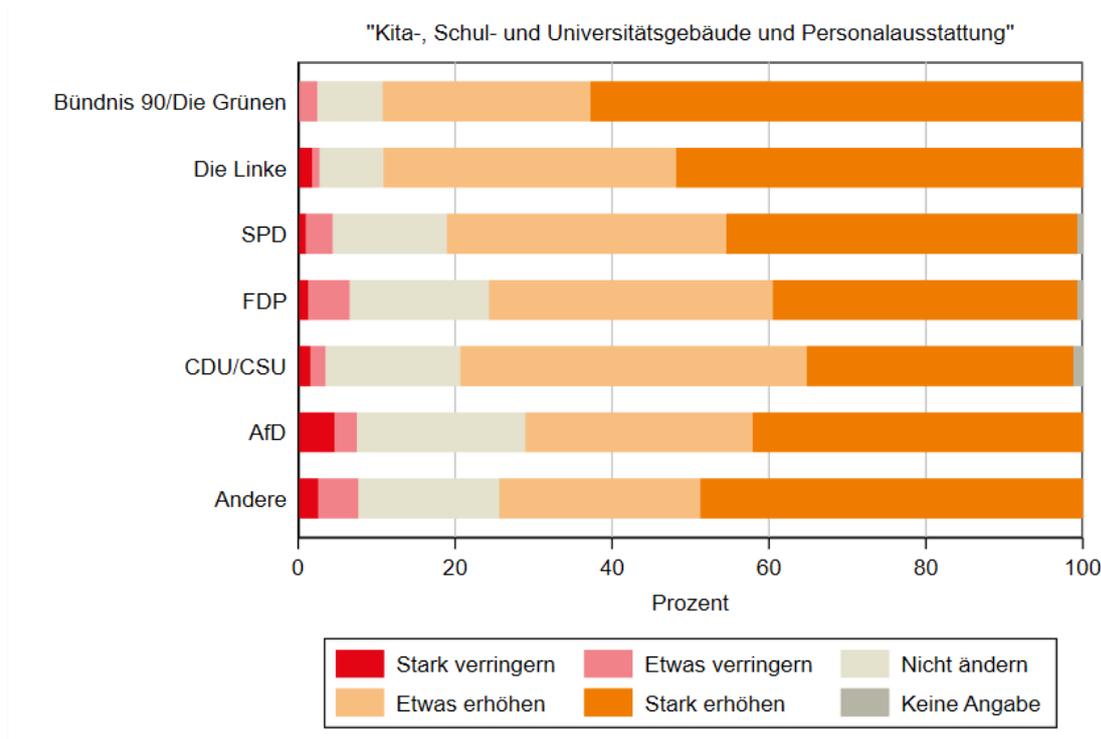


Quelle: Online-Umfrage im Auftrag des IMK; Berechnungen des IMK.



Analysiert man die Investitionswünsche nach der Parteipräferenz, so lässt sich zunächst feststellen, dass bei praktisch allen Investitionskategorien die AnhängerInnen *aller* Parteien mehrheitlich eine Ausweitung der jeweiligen Investitionen wünschten (siehe Abbildungen 2a-e). Unterschiede gab es allerdings im Detail. Auffällige Unterschiede bei den Wünschen nach Parteipräferenz gab es vor allem in den Kategorien „Kita-, Schul- und Universitätsgebäude und Personalausstattung“, „Fußgänger- und Fahrradwege“, „Bahnverbindungen und öffentlicher Personenahverkehr“, „Klima- und Umweltschutz“ sowie „Öffentliche Sicherheit“. Im Bildungsbereich wünschten sich vor allem AnhängerInnen von Bündnis 90/Die Grünen sowie der Linken besonders viele zusätzliche Investitionen. Die AfD- und FDP-AnhängerInnen wünschten sich hier im Vergleich zum Bevölkerungsdurchschnitt hingegen etwas weniger Zusatzinvestitionen, wobei auch unter diesen Befragten noch mehr als 70 Prozent den Wunsch nach Mehrinvestitionen äußerten. Bei Fußgänger- und Radwegen waren es vor allem AnhängerInnen von Bündnis 90/Die Grünen, die einen besonders starken Ausbau wünschten. Die AnhängerInnen von AfD, Union und FDP äußerten seltener den Wunsch nach Mehrinvestitionen, wobei sich auch unter SympathisantInnen der FDP und Union noch knapp die Hälfte für eine Ausweitung der Investitionen für Fußgänger- und Radwege aussprachen. Besonders polarisiert waren die Wünsche beim Klima- und Umweltschutz, wo mehr als 80 Prozent der AnhängerInnen von Bündnis 90/Die Grünen Mehrinvestitionen wünschten, die Mehrheit der AfD-AnhängerInnen allerdings sogar die Ausgaben in dieser Kategorie „stark“ oder „etwas“ verringern wollten. Bei der öffentlichen Sicherheit wünschten sich große Mehrheiten unter den AnhängerInnen von AfD, Union, SPD und FDP eine Ausweitung, während bei SympathisantInnen von Bündnis 90/Die Grünen und der Linken nur eine knappe Mehrheit für Mehrinvestitionen in diesem Bereich votierten.

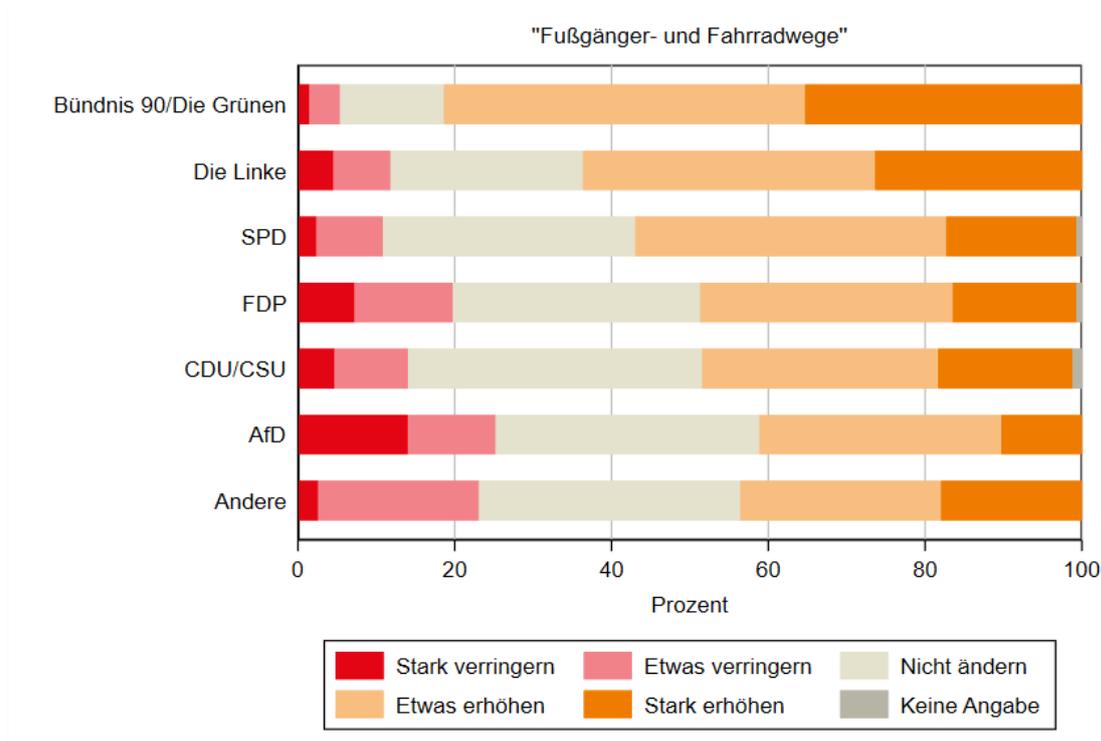
Abbildung 2a: Investitionen in das Bildungswesen nach Parteipräferenz



Quelle: Online-Umfrage im Auftrag des IMK; Berechnungen des IMK.



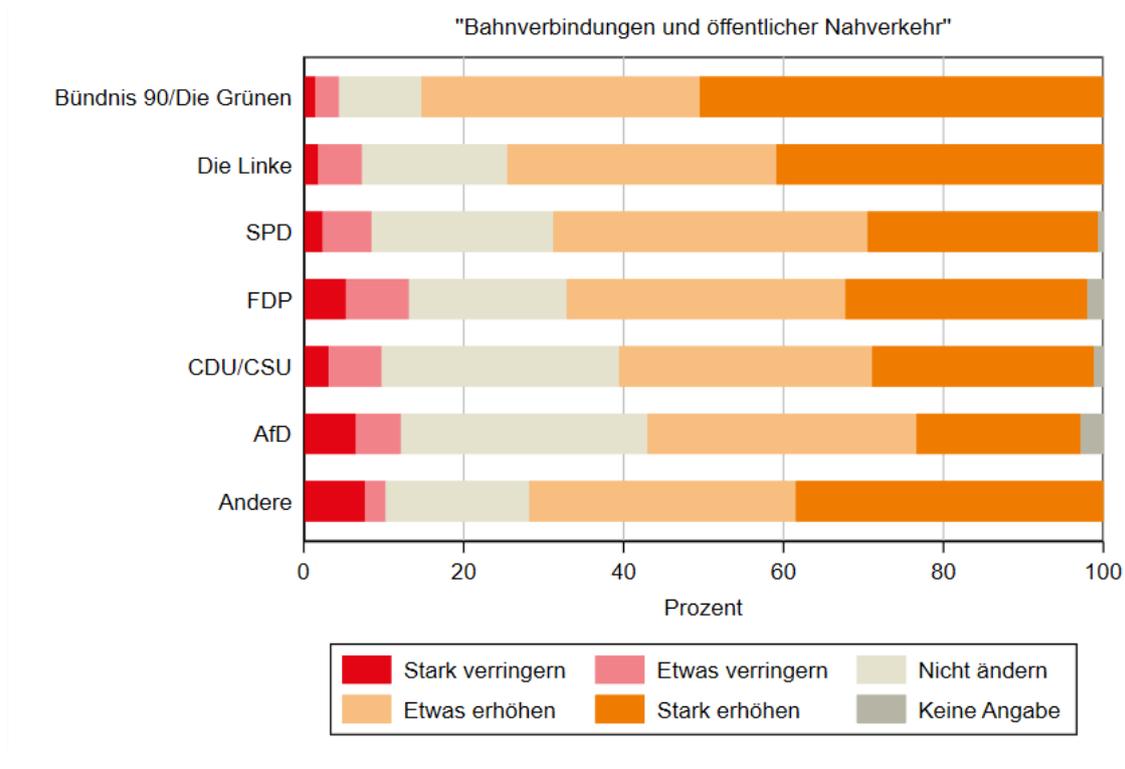
Abbildung 2b: Investitionen in Fußgänger- und Fahrradwege nach Parteipräferenz



Quelle: Online-Umfrage im Auftrag des IMK; Berechnungen des IMK.



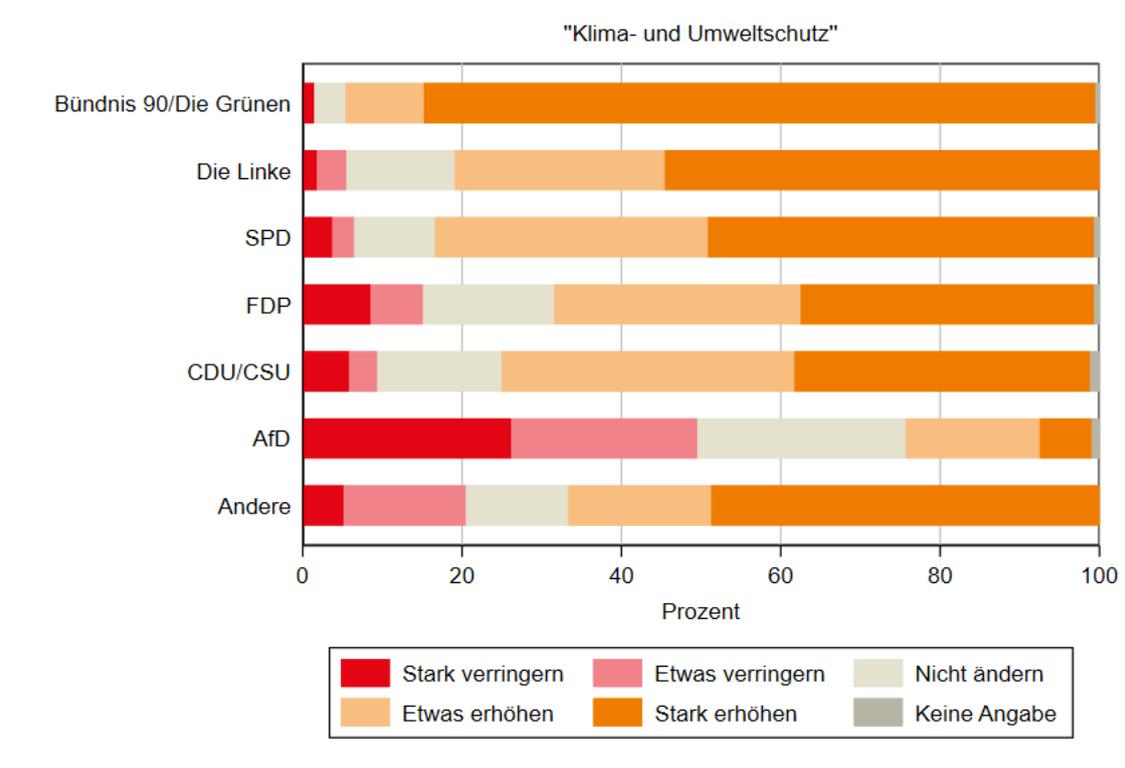
Abbildung 2c: Investitionen in Bahnverbindungen und den ÖPNV nach Parteipräferenz



Quelle: Online-Umfrage im Auftrag des IMK; Berechnungen des IMK.



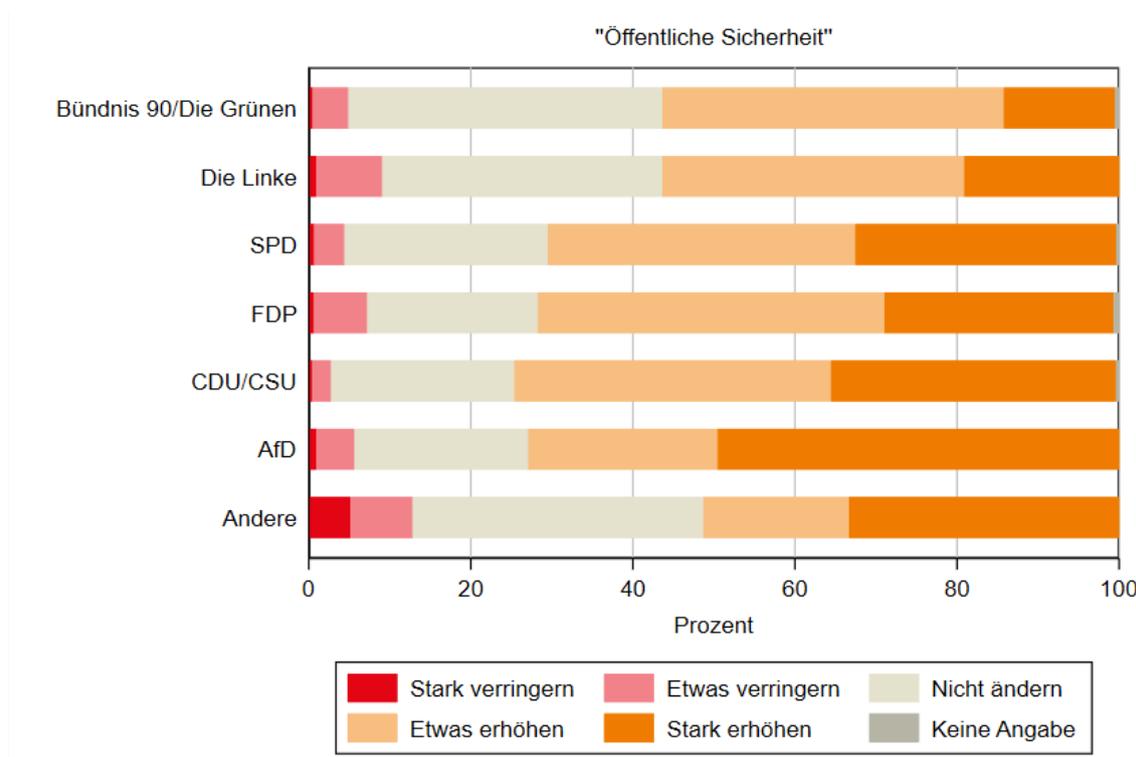
Abbildung 2d: Investitionen in den Klima- und Umweltschutz nach Parteipräferenz



Quelle: Online-Umfrage im Auftrag des IMK; Berechnungen des IMK.



Abbildung 2e: Investitionen in die öffentliche Sicherheit nach Parteipräferenz



Quelle: Online-Umfrage im Auftrag des IMK; Berechnungen des IMK.

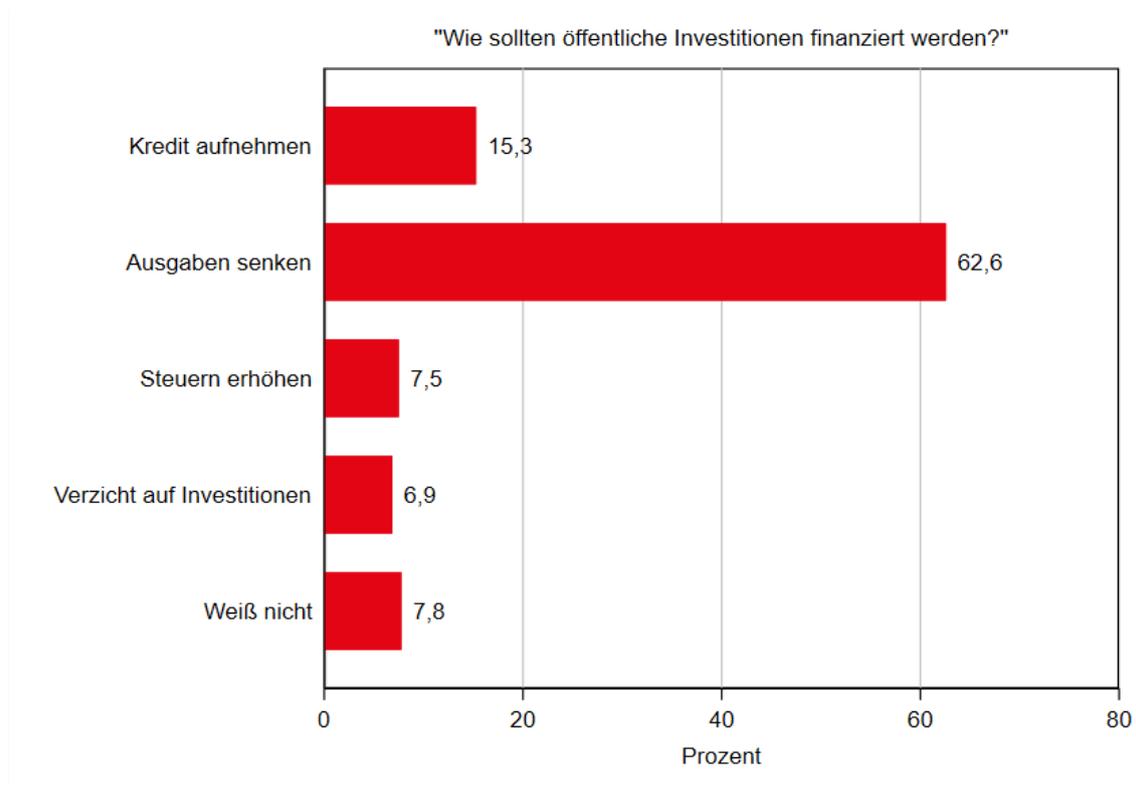


Analysiert man die Investitionswünsche nach Einkommen, so stellt sich heraus, dass für viele Investitionskategorien der Wunsch nach Mehrinvestitionen über alle Einkommensgruppen relativ ähnlich verteilt ist. Ausnahmen sind dabei allerdings Investitionen in das Gesundheitswesen und die Pflege, wo mit höheren Einkommen der Anteil jener abnimmt, die den Wunsch nach einer „starken“ Erhöhung der entsprechenden Ausgaben äußerten, sowie Investitionen in Bahnverbindungen und den öffentlichen Nahverkehr und in Fußgänger- und Fahrradwege, wo besonders Personen mit geringen Einkommen eine starke Erhöhung wünschten.

4 Finanzierungsvorstellungen

Nach der primär gewünschten Finanzierungsoption für die Investitionen gefragt, antwortete die Mehrheit der Deutschen, sie wünsche sich eine Kürzung anderer öffentlicher Ausgaben (62,6 Prozent). Deutlich weniger sprachen sich für eine Kreditaufnahme (15,3 Prozent) und Steuererhöhungen (7,5 Prozent) aus (siehe Abbildung 3). Nur eine Minderheit gab an, bei Finanzierungsproblemen solle auf die zusätzlichen Investitionen verzichtet werden.

Abbildung 3: Finanzierung von öffentlichen Investitionen



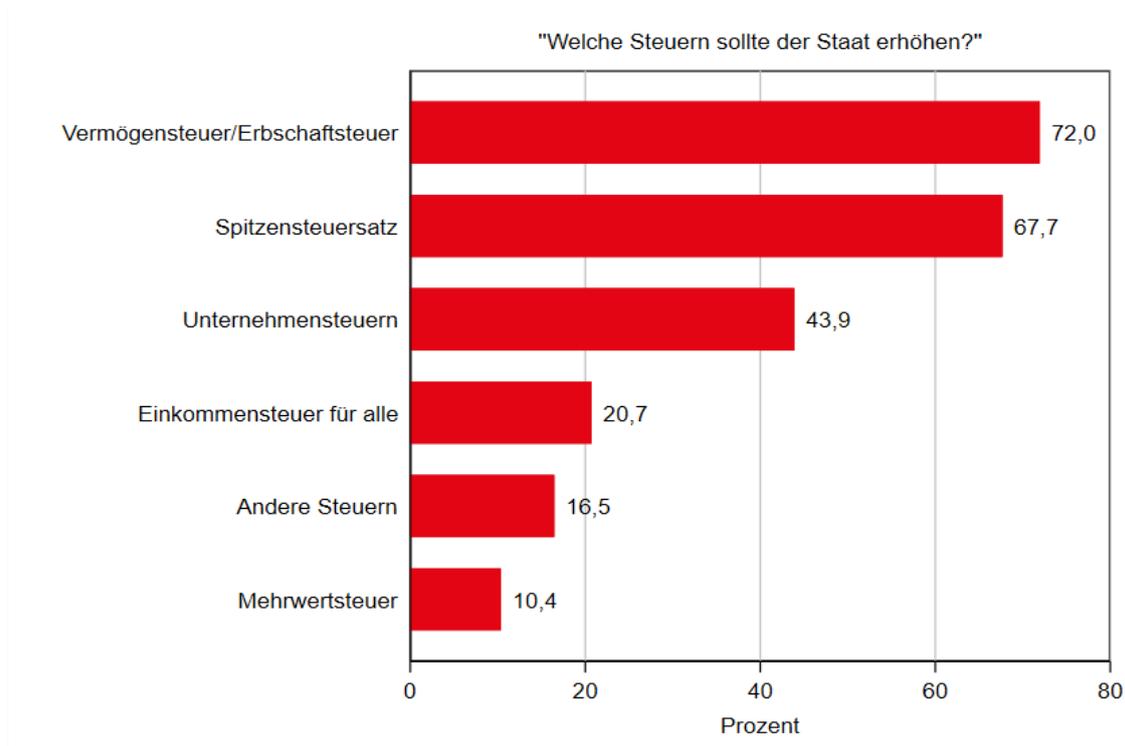
Quelle: Online-Umfrage im Auftrag des IMK; Berechnungen des IMK.



Je nach Parteipräferenz gibt es dabei leicht unterschiedliche Ansichten zur Finanzierung: Unter jenen Befragten, die eine Präferenz für FDP und AfD angaben, findet sich ein besonders großer Anteil, die sich für Ausgabenkürzungen aussprachen. AnhängerInnen der AfD und in etwas geringerem Maße der Union gaben relativ selten an, dass die Investitionen über Neuverschuldung finanziert werden sollten.

Jene TeilnehmerInnen, die sich für Ausgabenenkungen ausgesprochen hatten, wurden im Anschluss gefragt, welche öffentlichen Ausgaben sie für die Mehrinvestitionen gekürzt sehen würden, wobei Mehrfachnennungen möglich waren. Am häufigsten wurde hier von 59,2 Prozent genannt, dass sie gerne Subventionen gekürzt sähen; nur eine kleine Minderheit (knapp 9 Prozent) gab an, dass Ausgaben für die Soziale Sicherung reduziert werden sollten. Dies deutet darauf hin, dass die Deutschen mit den derzeitigen Ausgaben für den Sozialstaat keine Probleme sehen. Gleichzeitig unterstreichen diese Ergebnisse, dass die Forderung nach einem Subventionsabbau, wie sie auch in den Koalitionsverhandlungen erhoben wurde, zumindest im Abstrakten in der Bevölkerung breiten Rückhalt hätte.

Abbildung 4: Finanzierung von öffentlichen Investitionen durch Steuererhöhungen



Hinweis: Bei den verschiedenen Kategorien waren Mehrfachnennungen möglich.

Quelle: Online-Umfrage im Auftrag des IMK; Berechnungen des IMK.



Unter jenen Befragten, die bei der Finanzierung von Investitionen eine Präferenz für Steuererhöhungen äußerten, wurde in einem weiteren Schritt abgefragt, welche Steuererhöhungen sie dafür als geeignet sähen (siehe Abbildung 4). Dabei gaben 72 Prozent an, sie sähen eine Erhöhung der Vermögen- oder Erbschaftsteuer als gute Option, 67,7 Prozent gaben hier den Spitzensteuersatz in der Einkommensteuer an. Immer noch 43,9 Prozent sahen die Erhöhung der Unternehmensteuern als gute Lösung und nur 10,4 Prozent jene der Mehrwertsteuer.

Bei der Interpretation der Präferenzabfrage zur Finanzierung muss allerdings beachtet werden, dass die Frage nur die Angabe der *am stärksten gewünschten* Finanzierungsoption zuließ, die Befragten also keine Kombination etwa aus gewissen Ausgabenkürzungen und einer gewissen Erhöhung der Neuverschuldung angeben konnten. Zudem ist es möglich, dass sich die Befragten nicht richtig über die Größenordnung der einzelnen Ausgabenposten in den öffentlichen Haushalten bewusst sind und dass sie teilweise auch nicht genau wissen, welche Ausgaben in den einzelnen Kategorien enthalten sind. Dies ist besonders wichtig, weil das Potenzial für die Finanzierung aus den geäußerten Präferenzen für Ausgabenkürzungen begrenzt ist.

So sind zwar im Subventionsbericht der Bundesregierung (Bundesministerium der Finanzen 2021) für das Jahr 2021 Finanzhilfen in Höhe von 24,3 Mrd. Euro aufgelistet. Allerdings ist ein Großteil dieser Subventionen gerade für jene Bereiche vorgesehen, für die die Befragten eine Ausweitung der Investitionen forderten. Da zudem der Begriff „Subventionen“ im Verständnis der Befragten anders interpretiert werden dürfte als im Subventionsbericht, dürfte hinter den Befragungsergebnissen kaum ein Wunsch der Streichung dieser Ausgaben stehen. Illustriert werden

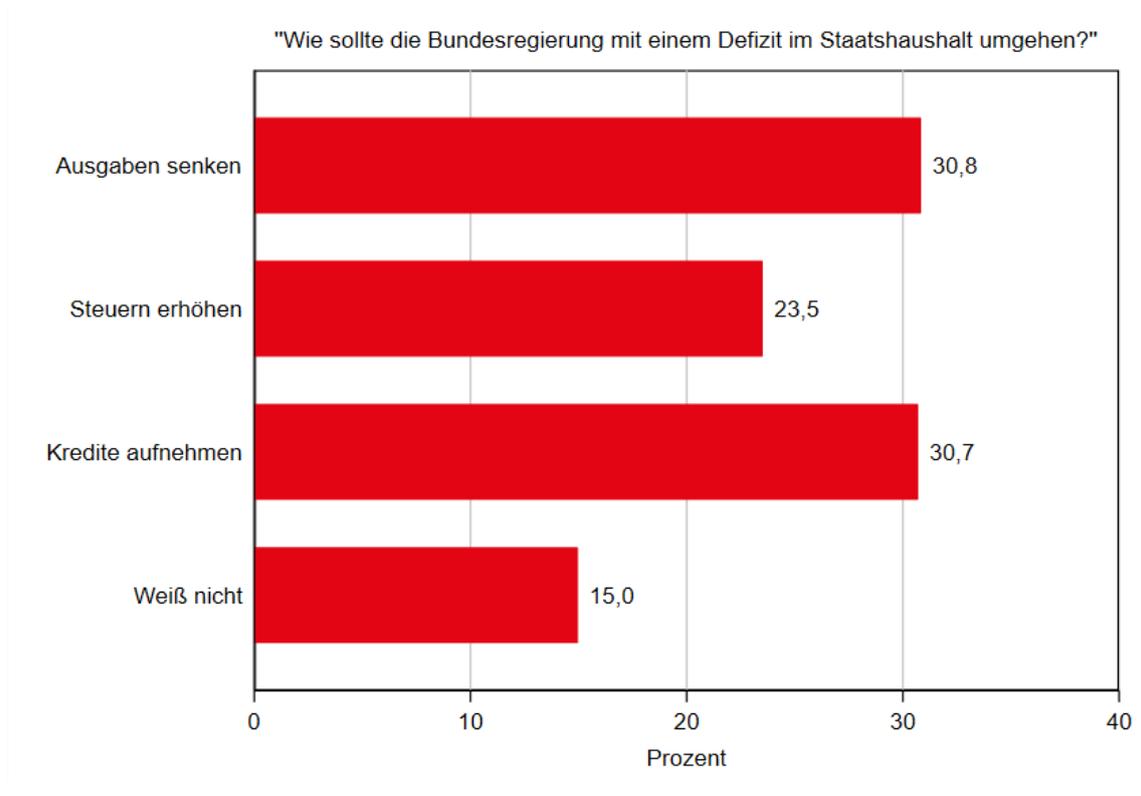
kann dies mit den Ausgaben zum Klimaschutz: Nach dem jüngsten Subventionsbericht haben insgesamt 16,2 Mrd. Euro, also 66,7 Prozent des Gesamtvolumens der Finanzhilfen der Bundesregierung, einen positiven Bezug zu den Klimaschutzziele (Bundesministerium der Finanzen 2021, S. 6). Da dies gerade ein Bereich ist, bei dem die Befragten viele Mehrinvestitionen wünschen, ist hier kaum Streichungspotenzial vorhanden. Weitere Schwerpunkte betreffen insbesondere die Bereiche Wohnungsbau und Digitalisierung, in denen vor dem Hintergrund der aktuellen Aufgaben wohl kaum Einsparungen geplant werden können, um öffentliche Investitionen zu finanzieren.⁵

Mehr Potenzial gäbe es bei den Steuersubventionen, die für 2021 mit insgesamt 34,2 Mrd. Euro angesetzt werden; davon entfallen allein 17,8 Mrd. Euro auf den Bund. Als größter Posten stehen hier die Vergünstigungen bei der Erbschaft- und Schenkungsteuer für die Vererbung von Betrieben und Anteilen an Kapitalgesellschaften in Höhe von 5,1 Mrd. Euro. Jenseits dieser Vergünstigung bei der Erbschaft- und Schenkungsteuer haben allerdings auch viele Steuervergünstigungen die Intention, gerade solche Bereiche zu stärken, bei denen sich die Befragten Mehrinvestitionen wünschen. Dazu gehören etwa die Begünstigung des öffentlichen Personennahverkehrs und des Schienenpersonenverkehrs bei der Umsatzsteuer oder die Begünstigung von Elektrofahrzeugen. Bei den Subventionen dürfte es damit zwar Potenzial geben, spürbar zur Investitionsfinanzierung beizutragen, die Gesamtheit der Bedarfe dürften sich so aber nur schwer finanzieren lassen.

Insoweit das Potenzial zur Investitionsfinanzierung durch die gewünschten Ausgabenkürzungen begrenzt ist, stellt sich die Frage, wie der Staat dann agieren sollte. Ein Indiz, inwieweit die Deutschen dann zusätzliche Verschuldung oder Steuererhöhungen zur Finanzierung der Investitionen akzeptieren würden, ergibt sich aus einer anderen Frage in der Umfrage, nämlich, wie der Staat reagieren sollte, wenn sich ein Defizit im Staatshaushalt ergibt (siehe Abbildung 5). Auf diese Frage antworteten 30,8 Prozent der Befragten, der Staat solle Ausgaben kürzen, aber auch 30,7 Prozent, der Staat solle zur Deckung des Fehlbetrages neue Kredite aufnehmen. Steuererhöhungen gaben hier 23,5 Prozent als präferierte Option zur Deckung des Fehlbetrages an. Interessant ist hier, dass die Toleranz für Steuererhöhungen mit steigendem Einkommen zunimmt (siehe Abbildung 6). Während in der Gruppe mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen bis unter 2.000 Euro nur 21,4 Prozent Steuererhöhungen befürworteten, waren es bei den Befragten, die über ein monatliches Haushaltsnettoeinkommen von mehr als 4.500 Euro verfügen 28,8 Prozent.

⁵ In unserer Umfrage wurde „Wohnungsbau“ nicht als Kategorie öffentlicher Investitionen abgefragt, so dass wir keine gesicherte Aussage machen können, ob die Befragten hier auch Mehrinvestitionen wünschen würden.

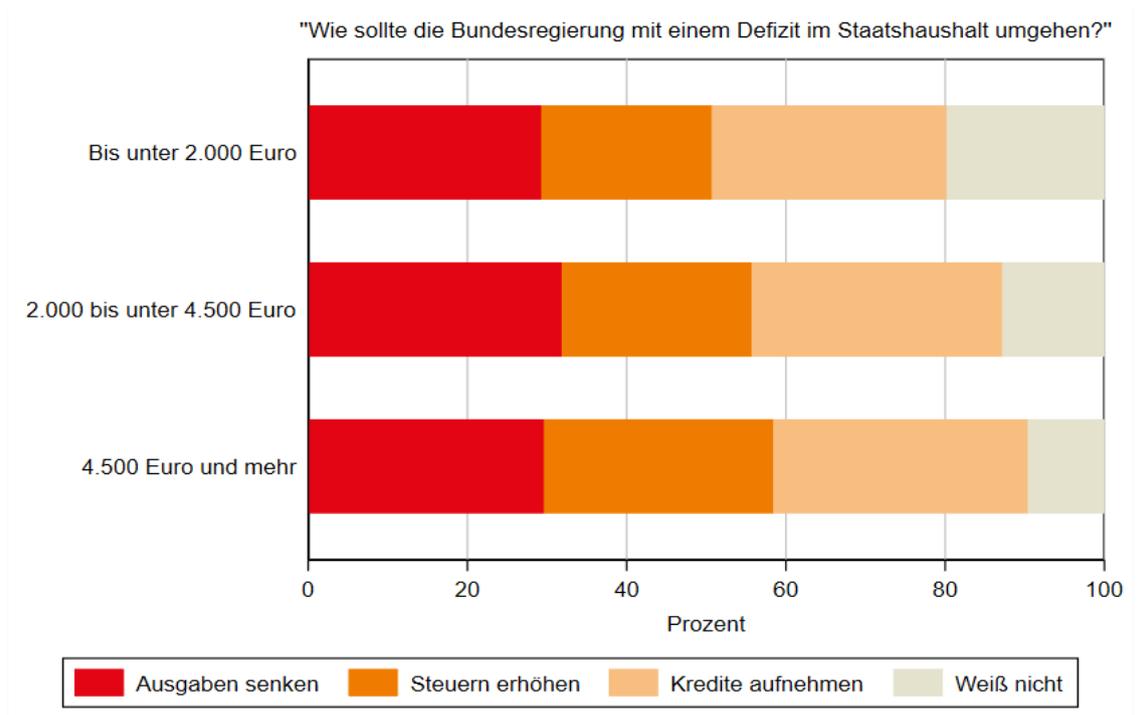
Abbildung 5: Finanzierung eines Defizits im Staatshaushalt



Quelle: Online-Umfrage im Auftrag des IMK; Berechnungen des IMK.



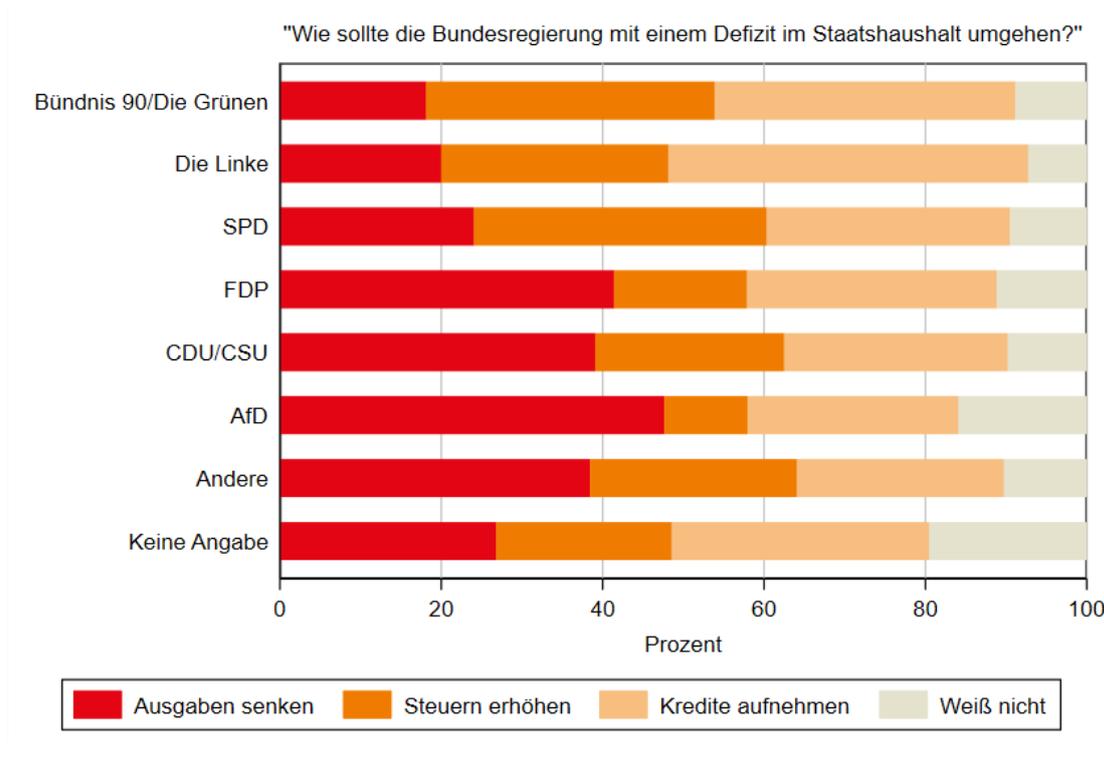
Abbildung 6: Finanzierung eines Defizits im Staatshaushalt nach Einkommensgruppen



Quelle: Online-Umfrage im Auftrag des IMK; Berechnungen des IMK.



Abbildung 7: Finanzierung eines Defizits im Staatshaushalt nach Parteipräferenz



Quelle: Online-Umfrage im Auftrag des IMK; Berechnungen des IMK.



Bei dieser Art der Fragestellung wiederholte sich das bereits bei der Frage nach den Finanzierungsoptionen von Investitionen aufgetretene Phänomen, dass die AnhängerInnen von Bündnis 90/Die Grünen und der Linken eine überdurchschnittlich hohe Toleranz für Neuverschuldung zur Deckung des Fehlbetrages zeigten, jene von AfD und (in geringerem Maß) Union eine geringere Toleranz (siehe Abbildung 7). Die Bereitschaft der FDP-AnhängerInnen zur Kreditaufnahme bei dieser Fragestellung lag etwa im Bevölkerungsdurchschnitt.

5 Schlussfolgerungen

Unsere Umfrageergebnisse zeigen, dass eine öffentliche Investitionsoffensive in den kommenden Jahren einen großen Rückhalt in der Bevölkerung in Deutschland hätte. Dies gilt für Investitionen in die öffentliche Infrastruktur, den Klimaschutz sowie die Digitalisierung, aber auch für Personalaufstockungen in den Bereichen Gesundheit, Pflege und Bildung. Dabei gibt es Mehrheiten für das Ausweiten der meisten Investitionskategorien nicht nur unter den AnhängerInnen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP, die derzeit eine Ampel-Koalition verhandeln, sondern auch bei Union und Linkspartei und sogar für viele Kategorien bei AfD-AnhängerInnen.

Zur Finanzierung der öffentlichen Investitionen wünscht sich die Mehrheit der Deutschen eine Überprüfung anderer Ausgaben, insbesondere bei den Subventionen. Ausgabenkürzungen für

den Sozialstaat sind hingegen nur von einer sehr kleinen Minderheit der BürgerInnen gewünscht. Die Akzeptanz zur staatlichen Kreditaufnahme nimmt zu, wenn die Befragten vor die Wahl gestellt werden, wie ein Fehlbetrag im Staatshaushalt ausgeglichen werden sollte – hier wurden Ausgabenkürzungen und die Aufnahme von Krediten ähnlich häufig als präferierte Finanzierungsoption genannt.

Die, wenn auch vorsichtige, Bereitschaft der BürgerInnen, die gewünschten öffentlichen Investitionen über zusätzliche Kredite zu finanzieren ist dabei auch ökonomisch rational, da makroökonomische Simulationen zeigen, dass eine große kreditfinanzierte öffentliche Investitionsoffensive über die kommenden zehn Jahre sich spätestens nach 30 Jahren selbst finanziert hätte, während in der Zwischenzeit die Wirtschaftsleistung und private Investitionstätigkeit deutlich kräftiger ausfallen (Dullien et al. 2021).

Literaturverzeichnis

Bardt, H. / Dullien, S. / Hüther, M. / Rietzler, K. (2019): Für eine solide Finanzpolitik. Investitionen ermöglichen! IMK Report Nr. 152.

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (2020): Öffentliche Infrastruktur in Deutschland: Probleme und Reformbedarf. Gutachten des Wissenschaftlichen Beirats beim Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, Berlin.

Bundesministerium der Finanzen (2021): Achtundzwanzigster Subventionsbericht. Bericht der Bundesregierung über die Entwicklung der Finanzhilfen des Bundes und der Steuervergünstigungen für die Jahre 2019 bis 2022. <https://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Downloads/Oeffentliche-Finanzen/28-subventionsbericht.html>, aufgerufen am 03.11.2021.

Dullien, S. / Jürgens, E. / Paetz, C. / Watzka, S. (2021): Wachstums- und Verschuldungseffekte einer kreditfinanzierten öffentlichen Investitionsoffensive. In: Wirtschaftsdienst, Jg. 101, H. 9, S. 700-706. <https://www.wirtschaftsdienst.eu/inhalt/jahr/2021/heft/9/beitrag/wachstums-und-verschuldungseffekte-einer-kreditfinanzierten-oeffentlichen-investitionsoffensive.html>, aufgerufen am 03.11.2021.

Hermes, G. / Vorwerk, L. / Beckers, T. (2020): Die Schuldenbremse des Bundes und die Möglichkeit der Kreditfinanzierung von Investitionen. Rechtslage, ökonomische Beurteilung und Handlungsempfehlungen. IMK Study Nr. 70.

Impressum

Herausgeber

Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) der Hans-Böckler-Stiftung, Georg-Glock-Str. 18,
40474 Düsseldorf, Telefon +49 211 7778-312, Mail imk-publikationen@boeckler.de

Die Reihe „IMK Policy Brief“ ist als unregelmäßig erscheinende Online-Publikation erhältlich über:
<https://www.imk-boeckler.de/de/imk-policy-brief-15382.htm>

ISSN 2365-2098



Dieses Werk ist lizenziert unter der Creative Commons Lizenz:
Namensnennung 4.0 International (CC BY).

Diese Lizenz erlaubt unter Voraussetzung der Namensnennung des Urhebers die Bearbeitung, Vervielfältigung und Verbreitung des Materials in jedem Format oder Medium für beliebige Zwecke, auch kommerziell.

Den vollständigen Lizenztext finden Sie hier: <https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/legalcode.de>

Die Bedingungen der Creative Commons Lizenz gelten nur für Originalmaterial. Die Wiederverwendung von Material aus anderen Quellen (gekennzeichnet mit Quellenangabe) wie z. B. von Abbildungen, Tabellen, Fotos und Textauszügen erfordert ggf. weitere Nutzungsgenehmigungen durch den jeweiligen Rechteinhaber.
